

Motive der sowjetischen Deutschland- und Europa-Politik

Der nachstehende Bericht über die Motive der sowjetischen Deutschland- und Europa-Politik ist die Zusammenfassung einer Analyse, die von dem Diplomaten eines neutralen europäischen Staates erarbeitet wurde. Wir veröffentlichen diesen Bericht, ohne uns in allen Punkten mit seinem Inhalt zu identifizieren, weil wir glauben, dass die uns vorliegende Analyse einen interessanten Beitrag zur internationalen Diskussion über das Deutschlandproblem darstellt.

Die Redaktion.

Das Ziel

Das entscheidende Motiv für den Vorstoss Chruschtschows in der Berlin-Frage und die Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland dürfte das Bemühen der sowjetischen Machthaber sein, eine Situation an der westlichen Flanke der Sowjetunion zu schaffen, die es ermöglicht, die nächste innenpolitische Entwicklung der Sowjetunion in relativer aussenpolitischer Ruhe einzuleiten. Wenn die Sowjetunion ihre wirtschaftlichen Planungen verwirklichen will, muss sie den grösstmöglichen Teil ihrer inneren Energie auf dieses Ziel konzentrieren. Die ständige Unruhe, die an der Westflanke der Sowjetunion wegen des ungelösten Deutschland-Problems herrscht, erfordert die Aufbringung grosser aussenpolitischer und militärischer Energien. Da nach Auffassung Moskaus frühere Versuche, die sowjetische Westflankensituation zu bereinigen, gescheitert sind (Notenwechsel seit 1952, Warnung vor Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO, Warnung vor atomarer Bewaffnung der Bundeswehr, Beschluss der einseitigen Einstellung von sowjetischen Atomwaffenversuchen, Ablehnung des Rapacki-Planes), wollte Chruschtschow durch den Berlin-Vorstoss und den Friedensvertrags-Entwurf die Westmächte zwingen, jetzt ernsthaft an die Lösung des Deutschland-Problems und des Problems der europäischen Sicherheit heranzugehen. Für Moskau bedeutet die Lösung beider Probleme die Erreichung des Zieles der relativen aussenpolitischen Ruhe an der Westflanke der Sowjetunion.

Zwei Wege

Moskau sieht zur Zeit zwei Wege zur Erreichung dieses Zieles:

Erstens: Die hermetische Abschliessung des Eisernen Vorhanges, die Schaffung eines osteuropäischen Wirtschaftsraumes mit gemeinsamer Planung, gemeinsamer Währung und ähnlichen zwischenstaatlichen Verbindlichkeiten, wie sie im westeuropäischen Raum durch die Montan-Union und die EWG geschaffen wurden.

Zweitens: Die Schaffung einer militärisch verdünnten und international kontrollierten Zone von etwa 1 500 km Breite in Mitteleuropa, die Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten auf der Grundlage einer von den USA und der Sowjetunion garantierten Militärblock-Freiheit eines später wiederzuvereinigenden Deutschlands, die Entwicklung

24. Februar 1959

eines kollektiven Sicherheitssystems in Mitteleuropa, dessen Existenz und militärisches Potential ebenfalls von den USA und der Sowjetunion kontrolliert und garantiert werden, die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit aller an diesem Sicherheitssystem beteiligten europäischen Staaten.

Beide Lösungen, von denen die eine die andere ausschliessen würde, hält Moskau für realisierbar und - entsprechend der augenblicklichen Zielsetzung der Sowjetunion - für Mittel zur Lösung des Deutschland-Problems und der europäischen Sicherheitsprobleme aus der Sicht der Interessen der Sowjetunion.

Die Realisierung der ersten Möglichkeit, zu der sich die Sowjetunion imstande fühlt, wäre gleichbedeutend mit der Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands und Europas. Sie würde am Ende ihrer Entwicklung die Einbeziehung Berlins in den sowjetischen Machtbereich zur Folge haben und den Abschluss eines separaten Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und der übrigen Ostblockstaaten mit der DDR implizieren.

Bedenken

Die militärischen Möglichkeiten, über die die Sowjetunion heute verfügt, lassen Moskau annehmen, dass es in der Lage wäre, einen solchen Schritt zu tun, ohne einen dritten Weltkrieg dadurch auszulösen. Gleichzeitig aber bestehen in Moskau Bedenken, diese Lösungsmöglichkeit zu praktizieren, weil hierbei im Westen zweifellos starke Impulse ausgelöst werden, die sich unter den Begriffen "Kreuzzugsidee" oder Befreiungspolitik" zu einem gewaltigen psychologischen Motor der gesamten westlichen Politik entwickeln könnten. Die Folge davon wäre die Notwendigkeit für Moskau, ständig ein hohes militärisches Potential für die Eindämmung dann sich entwickelnder Gefahren bereitzuhalten. Gleichzeitig wäre das bedeutend mit dem Verschleiss von Energien, die Moskau gerade jetzt für die Erreichung seiner innenpolitischen und ökonomischen Ziele freisetzen will.

Furcht vor einer "Ungarischen Situation"?

Eine zweite Schwierigkeit erkennt Moskau bei der hermetischen Abschliessung des Eisernen Vorhanges ebenfalls. Der Versuch, die nach der Abschliessung des Eisernen Vorhanges notwendige ökonomische und gesellschaftliche Gleichschaltung aller hinter dem Vorhang befindlichen Ostblockstaaten durchzuführen, würde starke innere Spannungen auslösen, die wahrscheinlich nur mit einem ähnlichen Kraftaufwand wie seinerzeit in Ungarn niedergehalten werden können.

Moskau ist sich durchaus bewusst, dass die Entwicklung zu einer "Ungarischen Situation" in gleichem Maße akut wird, in dem in der Bevölkerung der Staaten hinter dem hermetisch abgeschlossenen Eisernen Vorhang der Blick auf die auf der anderen Seite des Vorhanges im Sinne von "Befreiungsbewegungen" agierenden Kräfte gerichtet wird.

Die Niederhaltung und Eindämmung aller dieser zu erwartenden Spannungen und die hierzu erforderlichen Machtmittel würden das durch die Schliessung des Eisernen Vorhanges vielleicht im Augenblick erreichbare Ziel der relativen Ruhe wieder aufheben.

Dazu kommt noch, dass bei der Realisierung der unter Ziffer eins genannten Möglichkeit die Bundesrepublik endgültig das bis an die Grenze des sowjetischen Machtbereiches vorgeschobene und wichtigste Arsenal atomarer Bewaffnung im NATO-Bereich werden würde. Der Westen hätte in diesem Augenblick die Möglichkeit, alle jetzt noch bestehenden psychologischen Hemmungen aufzugeben.

Militärische Energien "einsparen"

Die unter Ziffer zwei benannte Ruance der sowjetischen Deutschland- und Europa-Politik bietet in der Sicht Moskaus die Chance, für längere Zeit militärische Energien an der Westflanke der Sowjetunion "einsparen" zu können. Voraussetzung für die Beibehaltung des sowjetischen Interesses an dieser Lösung ist jedoch - als Ausgangspunkt aller weiteren Verhandlungen - die Garantie, dass ein wiedervereinigtes Deutschland nicht in die Lage versetzt werden darf, sich später einer gegen die Sowjetunion gerichteten militärischen Allianz anschließen zu können. Deshalb wird bei Gesprächen mit sowjetischer Diplomaten von dieser immer wieder - mit den unterschiedlichsten Variationen - auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion über den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands einigen und diesen gemeinsam garantieren.

Es besteht kein Zweifel mehr darüber, dass man in Moskau geglaubt hatte, der Rapacki-Plan werde für den Westen die Basis für Gespräche zwischen Washington und Moskau über den militärischen Status Deutschlands sein. Nachdem sich herausgestellt hat, dass dies - bisher und im Augenblick wenigstens - eine Fehlspekulation war, hat Moskau das gleiche Ziel durch die Vorbringung der Friedensvertrags-Vorschläge zu erreichen versucht.

Die Überlegung, was sich Moskau von der unter Ziffer zwei skizzierten Lösungsmöglichkeit des Deutschland-Problems und des europäischen Sicherheitsproblems für sich selbst verspricht, führt zu folgendem Schluss: Moskau will in den nächsten zehn Jahren seine wirtschaftliche Planung realisieren - in der Zwischenzeit also Ruhe haben - um dann mit der neu gewonnenen Kraft neue weltpolitische Pakte schaffen zu können.

Fragen des Westens

Die hier dargelegten Motive der sowjetischen Deutschland- und Europa-Politik, sowie die Skizzierung der beiden Möglichkeiten, die Moskau für realisierbar hält, führen den Westen selbst zu der Frage, ob er sich imstande fühlt, beiden sowjetischen Konzeptionen wirksam begegnen zu können.

Bei der sowjetischen Planung unter Ziffer eins muss die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs ohne Rücksicht auf psychologische und ökonomische Verluste einkalkuliert werden. Es muss ferner damit gerechnet werden, dass die unmittelbare Kriegsgefahr in Europa wächst, wobei die Frage, was einer möglichen Konflikt auslösen könnte, für den Effekt von untergeordneter Bedeutung ist.

Bei der sowjetischen Planung unter Ziffer zwei muss der Westen damit rechnen, dass die Sowjetunion nach einer etwa zehn- bis fünfzehnjährigen Entspannungsperiode mit gewaltiger Kraft zu neuen Versuchen ansetzt, in Europa politische Pakte zu schaffen, die den dann bestehenden Interessen der Sowjetunion entsprechen.

Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass der Westen bei einem Eingehen auf die unter Ziffer zwei skizzierten Ziele der augenblicklichen sowjetischen Politik von sich aus in Europa eine neue Situation schafft, die es auch einer gestärkten Sowjetunion geraten erscheinen lässt, mindestens für die nächsten Generationen, den bestehenden Zustand aufrechtzuerhalten.

Laßt das Tor auf!

U.D. - In Dortmund machen die Staatsanwälte Überstunden. Täglich liefert das Zollamt Post 7 000 Briefe aus der Sowjetzone an die Staatsanwaltschaft, wo sie geöffnet und nach staatsgefährdenden Propagandaschriften durchsucht werden. In den allermeisten Fällen sind in den Briefen tatsächlich - meist recht plumpe - Propagandaschriften der SED, die in Schulen und Betrieben der Zone im Hernecke-Tempo wahllos mit Hilfe Dortmunder Adressbücher beschriftet worden sind. Aber es sind auch etliche Briefe dabei, die keine Drucksachen enthalten und in denen der Empfänger handschriftlich von ihm völlig Unbekannten mit kommunistischen Parolen belästigt wird. Auch diese Briefe werden kontrolliert.

Viele Dortmunder Bürger sind über diese Art der Postzensur empört, und es fehlt nicht an Stimmen, die darauf aufmerksam machen, daß atomare Aufrüstung und Abbau von Grundrechten hier in eklatanter Weise einander bedingen. Denn wenn auch die große Zahl dieser Briefe ihre Empfänger nicht erreichen, weil sie vorher gerichtlich eingezogen werden, so kommen alle echten Privatbriefe "von drüben" bei ihren Dortmunder Empfängern mit den Banderolen der Zensur verklebt an. Täglich beschweren sich im Durchschnitt 25 Bürger bei der Post, die peinlich berührt auf Zoll und Staatsanwalt verweisen muß. Der gute Wille dieser Bürger, die menschlichen Kontakte trotz Zonengrenze aufrechtzuerhalten, ("Dein Päckchen nach drüben!") wird gewaltig strapaziert.

Das von den Behörden angewandte Verfahren ist formaljuristisch korrekt. Das Zollgesetz vom 20. März 1939 in der Fassung des Gesetzes vom 25. Mai 1952 berechtigt die Zollämter zur Öffnung von Postsendungen aus fremden Währungsgebieten - wozu leider auch die Sowjetzone gehört. Dagegen ist nichts einzuwenden, denn der Staat muß auf die Einhaltung der Zoll- und Devisenvorschriften achten. Stellt bei dieser Prüfung eines zollamtlich geöffneten Briefes der Beamte kommunistische Propagandaschriften fest, die als "staatsgefährdende Schriften" im Sinne des § 93 StGB anzusehen sind, dann gibt er den Brief an den zuständigen Staatsanwalt weiter. Dieser ermittelt formell, wer der Absender ist und ob er belangt werden kann. Da dieser in der Sowjetzone lebt, fehlt es an der Voraussetzung für eine Strafverfolgung. Daran

wiederum ist der Staatsanwaltschaft überhaupt nicht gelegen, denn sie strebt die Einziehung der Schrift und nicht die Bestrafung des Täters an. Die Einziehung geschieht im letzten Akt durch richterlicher Entscheidung im sogenannten objektiven Verfahren.

Das ist die Antwort, die die Dortmunder Behörden den Beschwerdeführern geben, die da glaubten, es gäbe eine Postzensur nicht. Wohlge-merkt, die Antwort stützt sich auf geltende Gesetze und zudem auf einen Beschluß des Bundesgerichtshofes vom 7. September 1956. Trotzdem hat diese Sache einen schlechten Beigeschmack. Die Rechtskonstruktion über die Paragraphen des Zollgesetzes (bei der zollamtlichen Abfertigung werden "rein zufällig" strafbare Handlungen aufgedeckt) ist mehr als holprig. In Wahrheit geht jeder Brief aus Leipzig oder Brestock zur politischen Prüfung an das Zollamt und nicht zur Kontrolle der Vorschriften über den Interzonenhandel. Das Erstaunen des Zollbeamten über die inliegende Propagandaschrift ist eine Farce. Was berechtigt ihn vor allem, einen handgeschriebenen Brief darauf zu prüfen, ob sein Inhalt staatsgefährdend sein könnte?

Hunderttausend kommunistische Pamphlete in wenigen Tagen in einer einzigen Stadt sind keine erfreuliche Sache. Man wird die darin verbreiteten Parolen gewiß nicht unwidersprochen lesen dürfen. Aber was ist eigentlich schlimmer: eine Flut offenkundig kommunistischer Propaganda in einer Stadt, in der die KP bei der letzten Wahl vor ihrem Verbot ganze vier Prozent erhielt oder ein Vertrauensverlust bei den über neunzig Prozent Wählern demokratischer Parteien, die der Überzeugung waren, die Briefzensur sei eine DDR-Errungenschaft? Es wäre eine Rechtsstaates würdiger, wenn die Überschwemmung der Bürger mit kommunistischer Agitation als Belästigung empfunden und somit zum Tagessgespräch einer Stadt wird, als daß sich, wie in Dortmund, der Zorn gegen die eigenen Behörden richtet. Schließlich hält eine regierungs-offizielle Tarnorganisation die Bevölkerung für immer genug, den Anblick Ulbrichts nebst Hamar und Sichel auf DIN A 0 an allen Anschlag-säulen zu ertragen, warum also nicht auch seine Traktätschen?

Man überlasse es der Dortmunder Müllabfuhr, mit Ulbrichts Propaganda fertig zu werden. Zollbeamte und Staatsanwälte können in diesem Geschäft nur Schaden stiften, weil sie zwangsläufig helfen, das Tor nach drüben auch auf unserer Seite zu verammeln.

Wie lange noch ein "Fall Reinefarth"?

mu - Kiel

Man kann gespannt darauf sein, was der damalige SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS von dem Bach-Zelewski aus seiner Nürnberger Untersuchungshaft heraus über den ihn 1944 in Warschau unterstellten SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Reinefarth noch aussagen wird. In seinem Vorschlag für die Verleihung des Eichenlaubes zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes jedenfalls beurteilte von dem Bach am 9. September 1944 den heutigen Kieler BHE-Landtagsabgeordneten Reinefarth wie folgt:

"Der in Wehrmachtsbericht genannte Erfolg ist neben dem Verdienst jedes einzelnen Offiziers und Mannes ein Verdienst des Gruppenführers Reinefarth, indem er, nimmer müde werdend, zu jeder Stunde der kämpfenden Gruppe durch eigenen Einsatz in vorderster Linie Vorbild war."

Allerdings am 26. Januar 1946 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß sagte von dem Bach-Zelewski über die Rolle Reinefarths bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im Spätsommer 1944 etwas ganz anderes aus. Hier nämlich sagte er nach dem amtlichen Protokoll, daß er während des Warschauer Aufstandes seinen damaligen Untergebenen, den SS-Gruppenführer Reinefarth, auf "Schweinereien" aufmerksam gemacht hat, die dessen Truppen an polnischen Zivilisten begingen.

Kun, von dem Bach hat sich "nur" wegen der Erschießung des ostpreußischen Rittergutsbesitzers Anton von Hohberg und Bachwald im Zusammenhang mit dem Röm-putsch am 2. Juni 1934 zu verantworten. Aber soll es tatsächlich so sein, daß neue Vorwürfe, die in den letzten Wochen gegen Reinefarth laut geworden sind, nicht zu einer erneuten Überprüfung seiner Rolle bei den Warschauer Vorgängen führen werden?

So sind der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" neue Dokumente zur Kenntnis gekommen. Daraus geht hervor, daß Reinefarth am 7. August 1944 westlich der Warschauer Markthalle persönliche Führung und Einsatz seiner Kampfgruppe (zu der auch die berüchtigte Sträflingsbrigade Dirlewanger gehörte) übernommen hat. Nach einer beim polnischen Justizministerium verwahrten und beglaubigten Aussage eines Polen wurden an diesem Tage 150 Polen widerrechtlich erschossen. Ebenso wurden am Tage vorher Verwundete und Pflegepersonal eines Krankenhauses in einem Viertel erschossen, durch das die Kampfgruppe Reinefarths vorgestoßen war.

Nach den Angaben der "Süddeutschen Zeitung" liegen Dokumente und zahlreiche Zeugenaussagen vor, "die beweisen, daß selbst nach dem 5. August 1944 in den Warschauer Bezirken Wola und Ochota, wo Reinefarths Einheiten kämpften, Massenmorde an Zivilisten, Kranken und Verwundeten, Plünderungen, Zerstörungen ganzer Häuserreihen und Gewalttätigkeiten begangen wurden".

Bekanntlich hatte die Flensburger Staatsanwaltschaft im Oktober 1958 Reinefarth von der Anschuldigung freigesprochen, in Warschau Verbrechen begangen zu haben, indem sie das Ermittlungsverfahren gegen diesen Mann einstellte. Dabei erklärten die Staatsanwälte, daß nach Reinefarths Eintreffen am 5. August 1944 in Warschau nur noch sporadische Übergriffe vorgekommen sind, für die der damalige SS-General nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die Darstellungen der beiden zitierten Zeitungen besagen für die Zeit nach dem 5. August 1944 das Gegenteil.

Inzwischen hat die halbamtliche "Zachodnia Agencja Prasowa" der polnischen Regierung eine Dokumentation mit zahlreichen Fotokopien zum Fall Reinefarth herausgegeben. In dieser Dokumentation sind neue und schwere Anschuldigungen gegen Reinefarth enthalten, die seinerzeit offenbar nicht in die staatsanwaltschaftlichen Flensburger Untersuchungen eingebezogen worden waren.

In diesem Zusammenhang ist es auch interessant, daß Reinefarth vor kurzem erklärte, er sei niemals hauptamtlich in der SS gewesen, "sondern lediglich über ein Amt in der Ordnungspolizei zwangsläufig in einen Dienstrang der SS gekommen".

Die polnische Regierung legte jetzt über das Nachrichtenbüro Fotokopien vor, aus denen hervorgeht, daß der damalige SS-General und heutige BBG-Landtagsabgeordnete in Kiel noch vor der Machtübernahme Hitlers, nämlich am 21. Juli 1932, der NSDAP beitrug, wobei er die Mitgliedsnummer 1 268 933 erhielt. Fünf Monate später, am 17. Dezember 1932, trat Reinefarth gleichfalls freiwillig der SS bei und erhielt die SS-Nummer 56 634. In den Jahren 1932 bis 1943 rückte er in der SS rasch von SS-Mann zum Rang eines höheren SS-Offiziers auf.

Ob das nun nicht doch alles ausreicht, um ein neues Ermittlungsverfahren gegen Reinefarth in Gang zu setzen, auch wenn er inzwischen als Abgeordneter im Kieler Landtag immun ist? In Kiel zweifelt niemand daran, daß der Landtag Reinefarths Immunität aufheben würde, wenn ein solches Verlangen von der Staatsanwaltschaft käme.

Justiz nach Gewicht?

sp - Die Stickluft des autoritär-reaktionären Regierungsstils, die seit mehr als neun Jahren das politische und gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik verpestet, beginnt auch mehr und mehr die Gehirne der Diener dieses Regimes zu vergiften. Wie anders wäre es möglich, daß ein offizieller Regierungssprecher den Eingriff der Regierung in ein schwebendes Verfahren mit dem lapidaren Hinweis "Das Kabinett kann das!" zu legalisieren versuchte, daß der Sprecher des Bundesjustizministeriums die strafbare Handlung eines Beamten mit dessen Dienstobliegenheiten verknüpfen wollte, und daß jetzt im Hause des Bundesverteidigungsministers sogar Justiz nach Gewicht gemacht werden soll.

Das Strauß-Ministerium ist nämlich der Ansicht, daß man wohl gegen den hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller wegen dessen unstrittener Soldaten-Erklärung Strafanzeige wegen Beleidigung erstatten könne, nicht aber gegen den Darmstädter Studentenpfarrer Mochalski, der mit anderen Worten praktisch dasselbe wie Niemöller gesagt hatte. "Gegen Mochalski ganz bestimmt nicht!", war die verblüffende Antwort auf die Frage, ob das Verteidigungsministerium auch gegen diesen evangelischen Geistlichen vorgehen wolle, weil es nämlich auf "das Gewicht der Persönlichkeit" ankomme. Das sei übrigens, wie in allen anderen Berufsständen, ja auch bei den Offizieren der Fall...

Die zweifellos interessante Frage, wie die Offiziere der Bundeswehr diese erstaunliche "Gewichts"-Klassifizierung innerhalb ihres Berufes durch ihr eigenes Ministerium aufnehmen wollen und werden, ist sicher mehr eine bundeswehr-interne Angelegenheit, die aber die allgemeine Öffentlichkeit trotzdem keineswegs unberührt läßt. Aktuell ist aber, daß die neue These aus dem Hause Strauß nichts anderes bedeutet, als daß man - da es sich im Falle Niemöller de facto und de jure um eine Rechtsfrage handelt (hat man doch den Weg der Strafanzeige beschritten!) - kaltblütig das selbsterhlich als Kriterium gesetzte "Gewicht der Persönlichkeit" zur Grundlage einer neuen Art von Justiz machen will. Das ginge dann also nach der Faustregel: Niemöller hat nach Ansicht des Strauß-Ministeriums das entsprechende "Persönlichkeits-Gewicht" und wird daher angezeigt; Mochalski liegt nach Ansicht des Strauß-Ministeriums unter dem Waagestrich und wird daher nicht angezeigt. Oder auf die Offiziere übertragen, die man ja bereitwillig als Parallele angeführt hat: Was man etwa dem Generalinspekteur, Vier-Sterne-General Heusinger, kraft dessen "Persönlichkeits-Gewicht" beispielsweise als Beleidigung ankreiden würde, das zielt - ebenfalls beispielsweise - bei dem Persönlichen Referenten des Ministers, dem Major Sagner, möglicherweise nicht mehr ins Gewicht.

Wenn diese Rechtsungleichheits-These des Strauß-Ministeriums Schule machen sollte - wir versagen es uns, auf die rechtlich völlig naheliegenden und berechtigten Konsequenzen in anderen Strafrechts-Bereichen einzugehen! -, dann allerdings würden wir wirklich herrlichen Zeiten entgegenmarschieren.

+ + +